

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Benno Zierer

Abg. Ernst Weidenbusch

Abg. Florian von Brunn

Abg. Dr. Christian Magerl

Abg. Dr. Otmar Bernhard

Abg. Markus Blume

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Wir treten nun in die Tagesordnung ein, und ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion FREIE WÄHLER**

**"Die Flughafen München GmbH darf keine Aktiengesellschaft werden!"**

Sie kennen die Regeln für die Aktuelle Stunde; ich verweise insofern auf die Geschäftsordnung. – Erster Redner der antragstellenden Fraktion der FREIEN WÄHLER ist der Kollege Zierer. Herr Zierer, Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Benno Zierer (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der Aktuellen Stunde könnte heißen: Im Lügenmeer der Staatsregierung.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Ich denke, wir haben es alle satt, uns von der Staatsregierung immer wieder neue Lügen und Halbwahrheiten auftischen zu lassen. Falsche Prognosen zur Zahl der Starts und Landungen bin ich mittlerweile gewohnt; aber wie die Staatsregierung jetzt mit der möglichen Umwandlung der Flughafen GmbH in eine Aktiengesellschaft umgeht, schlägt dem Fass den Boden aus. Dass sich die Staatsregierung in Sachen dritte Startbahn mittlerweile im Wochentakt selber widerspricht und ihr Kapitän Seehofer Mühe hat, das Ruder auch nur einigermaßen zu halten, zeigt für mich ganz deutlich: Ministerpräsident und Staatsregierung haben in Sachen Flughafen und dritte Startbahn den Kurs im eigenen Lügenmeer verloren.

Vor etwas mehr als drei Wochen, am 3. März, haben wir an dieser Stelle schon einmal über eine mögliche Umwandlung der Flughafen München GmbH in eine Aktiengesellschaft diskutiert. Damals ging es um einen Antrag der GRÜNEN. Gefordert wurde ein klares Votum des Freistaats als Flughafengesellschafter gegen eine solche Änderung. Wir haben diesen Antrag unterstützt, weil wir ein klares Votum wollten, damit die Veto-

Position der Stadt München nicht über ein Hintertürchen ausgehebelt werden kann, wenn es um die dritte Startbahn geht.

Im Gesellschaftsvertrag der FMG steht ganz klar, dass für einen Ausbau des Flughafens über die jetzige dritte Ausbaustufe hinaus die Zustimmung aller drei Gesellschafter, Freistaat, Bund und Landeshauptstadt München, notwendig ist. Sie kennen die Situation: Die Stadt München steht weiterhin zu dem Bürgerwillen von 2012 und wird dem Bau einer dritten Startbahn nicht zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

In einer Aktiengesellschaft aber wäre die Einstimmigkeit nicht mehr nötig; eine Mehrheit würde reichen.

Welche anderen Hintergedanken könnte die Staatsregierung also haben, wenn sie in der momentanen Situation über eine Änderung der Gesellschaftsform nachdenkt? Dass sie das tut, war zu Beginn der Woche nachzulesen.

Vor drei Wochen hörte sich das allerdings noch ganz anders an. Auslöser für den Antrag war eine Ausschreibung der FMG für einen neuen Wirtschaftsprüfer. Darin hieß es, dass von einem Börsengang bis 2020 auszugehen sei. Das war schon ein Hinweis darauf, dass etwas im Busch sein könnte; denn einen solchen Satz schreibt man nicht einfach in eine Ausschreibung. Von der Staatsregierung und vonseiten der CSU wurde das als Alleingang der FMG-Geschäftsführung und als Formulierungsfehler dargestellt.

Dass die Gegner der dritten Startbahn aufgrund dieser Ausschreibung hellhörig geworden sind, wurde von Ihnen genau an dieser Stelle mehrmals verhöhnt. Kollege Weidenbusch hat dem Kollegen Magerl damals Verfolgungswahn unterstellt.

(Zuruf von der CSU: Zu Recht!)

Drei Wochen später zeigt sich nun, dass das mit einem Verfolgungswahn gar nichts zu tun hatte. Es war schlicht und einfach die Wahrheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wer die Diskussion um den Flughafenausbau seit zehn Jahren verfolgt, weiß, dass er Aussagen von der Regierungsbank nicht so leicht trauen darf. Denn die Staatsregierung trickst, wo sie nur kann, und nimmt es, wenn es pressiert, auch mit der Wahrheit nicht so genau.

(Zuruf von der CSU: Jejeje!)

Staatssekretär Hintersberger hat am 3. März erklärt: "Entscheidungen der Gesellschafterversammlung zu Umwandlung und Börsengang stehen derzeit nicht an." Auch merkte er an, dass die FMG Pläne für einen möglichen Börsengang dementiert habe. Alles wunderbar, könnte man meinen. Nur: Kein Börsengang heißt noch lange nicht keine Umwandlung in eine Aktiengesellschaft. Dass aktuell keine Entscheidung der Gesellschafterversammlung zur Umwandlung und zum Börsengang ansteht, heißt noch lange nicht, dass dies nicht in einem halben Jahr der Fall sein wird. Die Formulierung wurde geschickt gewählt. Anders ausgedrückt: Es sind Halbwahrheiten. Besser gesagt: Es ist eine bewusste Täuschung, nicht weit von der Lüge entfernt; denn glaubt man den jüngsten Medienberichten, dann laufen in mehreren bayerischen Ministerien sowie in Dobrindts Verkehrsministerium bereits seit Monaten Prüfungen, wie die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft funktionieren könnte. Wenn das so ist, war der Oberbürgermeister Dieter Reiter noch sehr zurückhaltend, als er von einem kleinen unfreundlichen Akt sprach. Man könnte es auch schlicht als Sauerei bezeichnen. Weil ihm sprichwörtlich alles aus dem Ruder läuft, hat der Ministerpräsident jetzt seinen Leuten einen Maulkorb verordnet.

(Zuruf von der CSU: Ach Gott!)

- Ach Gott, es ist doch so, meine Herren, was den Flughafen und die dritte Startbahn betrifft. Das wundert mich nicht; denn vor allem nach der Pause, nach der möglichen Volksbefragung, sind sich nicht einmal Ministerin und ihr Staatssekretär einig. Man merkt, dass in der CSU die Nervosität steigt. Sie wollen diese Piste durchdrücken, egal, ob es einen Bedarf gibt oder nicht. Dass die Zahl der Flugbewegungen seit Jahren sinkt, ist inzwischen allgemein bekannt, aber Sie ignorieren diese Tatsache. Sie wollen die Startbahn auf Biegen und Brechen. Die Wahrheit und unbequeme Fakten stören Sie dabei nur. Maulkorb hin oder her; was die Pläne der Staatsregierung für eine Änderung der Gesellschaftsform angeht, ist jetzt eine Klarstellung gefordert. Fragen gibt es genug. Wie lange tüftelt die Staatsregierung hinter den Kulissen schon an einer solchen Lösung? Welche Verträge gibt es, in denen Klauseln stecken, die eine Umwandlung der GmbH möglich machen? Was steht in dem sogenannten Konsortialvertrag von 1998? Als der geschlossen wurde, hatte die Stadt München prüfen lassen, wie sie die Anteile verkaufen könnte, was sie zum Glück nicht getan hat. Weitere Fragen finden sich im Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN, der heute noch nicht behandelt wird.

Ich fordere die CSU und die Staatsregierung an dieser Stelle auf: Ducken Sie sich nicht weg, beantworten Sie die Fragen hier, hier und heute. Beenden Sie Ihre Halbwahrheiten und Ihre Irrfahrt. Noch einmal: Im Gesellschaftsvertrag der FMG, den die drei Gesellschafter in den Jahren 1972 und 1973 geschlossen haben, steht klipp und klar, wofür eine Zustimmung aller Gesellschafter nötig ist, nämlich für die Verfügung über die Geschäftsanteile und die Veränderung des Gesellschaftsvertrags. Eine Umwandlung der GmbH in eine Aktiengesellschaft würde also die Zustimmung aller Gesellschafter benötigen. Erklären Sie uns hier eindeutig: Plant die Staatsregierung irgendwelche Winkelzüge, um diese Regelungen zu umgehen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich fordere Sie auf: Schaffen Sie Klarheit, tüfteln Sie nicht an irgendwelchen Tricks herum. Wenn das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden hat, dann muss

auch hier in München eine Entscheidung fallen, und zwar gegen die dritte Startbahn, weil sie unnötig ist, weil sie auf falschen Prognosen fußt, weil sie die Bürger nicht wollen, weil sie der Freistaat nicht braucht, weil sie die Wirtschaft nicht braucht und weil sie die Staatsregierung zwingt, bei der Wahrheit vom rechten Kurs abzukommen.

Deshalb appelliere ich an die CSU und an die Mitglieder der Staatsregierung: Reißen Sie das Ruder herum, fahren Sie heraus aus diesem Lügenmeer und werfen Sie bei diesem Kurswechsel die Pläne für die dritte Startbahn endgültig von Bord. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als nächster Redner hat der Kollege Ernst Weidenbusch von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Ernst Weidenbusch (CSU):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Zierer, ich glaube nicht, dass es angemessen ist, wie Sie mit dem Thema umgehen.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte gerade mit Ihnen sprechen. Insofern fände ich es freundlich, wenn Sie wenigstens zuhören würden.

(Zuruf des Abgeordneten Benno Zierer (FREIE WÄHLER))

Herr Kollege Zierer, Sie selbst haben der FMG Grundstücke verkauft, die sie als Ausgleichsflächen benutzt hat, um mit diesem Flughafen zu arbeiten. Sie tun heute so, als ob Sie der größte Kämpfer dagegen waren.

(Zurufe von der CSU: Oh! – Beifall bei der CSU)

Dann haben Sie offenbar gestern beschlossen, das Wort "Lügenmeer" so oft zu verwenden, dass Sie sicher sein können, damit zitiert zu werden. Aber dazu muss man sagen: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

(Beifall bei der CSU – Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Zur Sache! – Zuruf von der CSU: Das ist zur Sache!)

- Wenn Herr Zierer zur Sache gesprochen hätte, wäre das nicht notwendig.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER))

- Haben Sie auch Grundstücke verkauft?

(Zuruf des Abgeordneten Benno Zierer (FREIE WÄHLER) – Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Haben Sie auch Grundstücke verkauft, weil Sie sich so aufregen?

(Zuruf)

- Kann da jemand die Käfigtüre zumachen? - Tatsache ist: Wir haben vor drei Wochen an dieser Stelle klipp und klar erklärt, es gibt keine Pläne, die Stadt München auszutricksen und eine Umwandlung in eine AG vorzunehmen. Das haben der Staatssekretär und die CSU-Fraktion hier erklärt. Und so ist es auch. Daran ändert eine Presseveröffentlichung, die keinen Bezug auf die Frage nimmt, wer denn tatsächlich geprüft haben soll, nichts.

Wollen wir doch einmal aufklären, wie der Sachstand ist: Tatsache ist, dass auf Veranlassung der Landeshauptstadt München in den Neunzigerjahren – nach meiner Erinnerung - in die Vereinbarungen zur Flughafen München GmbH aufgenommen wurde, dass jeder Gesellschafter verlangen kann, dass die GmbH in eine AG umgewandelt wird. Diese Regelung wurde aufgrund eines Wunsches der Landeshauptstadt München aufgenommen. Dazu ist im Bayerischen Landtag im Haushaltsausschuss berichtet worden, weshalb die SPD-Fraktion mit Sicherheit Kenntnis davon hat, außer man

hat es vergessen oder die Kommunikation funktioniert nicht oder es ist sonst wie untergegangen. Die Landeshauptstadt München hat natürlich davon Kenntnis; denn ihr liegen diese Verträge vor. Die GRÜNEN haben natürlich auch davon Kenntnis; denn sie waren damals auch im Haushaltsausschuss. So zu tun, als ob irgendetwas geheim oder nicht öffentlich oder hintenherum lief, ist deshalb jedenfalls von SPD und GRÜNEN nicht in Ordnung. Ich sage ausdrücklich: nicht in Ordnung. Ich möchte es an dieser Stelle nicht schärfer formulieren, weil möglicherweise wirklich niemand von Ihnen schon so lange im Landtag ist oder mit jemandem aus dem Haushaltsausschuss geredet hat und das weiß.

Dann bleibt die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Sie waren nun nicht im Landtag zu dem Zeitpunkt, aber es wäre Ihnen natürlich nicht verwehrt gewesen, Protokolle nachzulesen. Es gehört halt auch zur Arbeit eines Abgeordneten und zum Fleiß, dass man einmal nachschaut: Was ist denn der Sachstand? - Dann wüssten auch Sie, dass es nichts Geheimes gibt, nichts Getrickstes, und schon gleich gar nicht vonseiten der Staatsregierung.

Sachstand ist also: Es gibt eine Zusatzvereinbarung, dass jeder Gesellschafter die Umwandlung in eine AG verlangen kann und insoweit diese Regelung aus dem ursprünglichen Gesellschaftsvertrag nicht mehr gilt. Dazu hat die Staatsregierung nichts beigetragen, dazu hat die CSU nichts beigetragen. Es ist 25 Jahre, glaube ich, her und kam von der Stadt München, damals mit einem SPD-Bürgermeister

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

wie heute auch.

Jetzt kommt die nächste Frage: Kam jemand auf die Idee, dass man über diesen Umweg gegebenenfalls das Veto der Stadt München und den Bürgerentscheid aushebeln kann? – Wahrscheinlich der Flughafen München, die FMG, möglicherweise auch noch andere Interessenten. Das kann man gar nicht ausschließen.



Dritte Frage: Hat sich die Staatsregierung damit beschäftigt? - Dazu sage ich Ihnen jetzt einmal: Das hoffe ich. Ich erwarte von dem zuständigen Referat im Finanzministerium, das die Aufsichtsratssitzungen zu begleiten hat, nachdem der Minister Aufsichtsratsvorsitzender ist, dass es solche Dinge prüft, und zwar sorgfältig. Ich weiß es nicht, aber ich gehe davon aus, es ist geprüft worden.

Vierte Frage: Gibt es einen Plan der Staatsregierung oder der CSU-Fraktion, auf diesem Weg das Veto der Stadt München auszuhebeln? - Klare Antwort: Nein. Das haben wir Ihnen vor drei Wochen gesagt, und ich sage es Ihnen heute noch einmal. Der Herr Hintersberger hat es Ihnen vor drei Wochen gesagt, und ich gehe davon aus, der Staatsminister sagt es Ihnen auch: Einen solchen Plan gibt es nicht. Wir haben es nicht notwendig, zu tricksen und hintenherum zu handeln. Wenn Sie das hier in dieser Art und Weise und so intensiv unterstellen, dann kann ich Ihnen nur sagen: Das wirft ein schlechtes Licht auf Sie. Das legt nämlich den Schluss nahe: Wenn Sie könnten, würden Sie es so machen. Dadurch unterscheiden wir uns.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Darum muss ich auch sagen: Gott sei Dank können Sie nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Benno Zierer (FREIE WÄHLER))

- Herr Zierer, Sie haben hier schon deutlich vom Leder gezogen. Dann muss man Ihnen auch einmal deutlich sagen: So geht es nicht. Aber die Antwort, die Sie haben wollten, lautet: Es gibt keinen Plan.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir haben halt Erfahrung mit Ihnen! Wir kennen Sie halt, Herr Weidenbusch!)

Die AG-Umwandlung, die aufgrund einer Änderung, die die Stadt München gewollt hat, möglich ist, dazu zu nutzen, den Bürgerentscheid auszutricksen, einen solchen Plan gibt es vonseiten der CSU-Fraktion nicht. Sie verfolgt ihn nicht, und ich gehe davon aus, dass Ihnen die Staatsregierung nachher dasselbe sagt.

Gleichwohl besteht aber aufgrund dessen, was Sie sonst gesagt haben, auch Veranlassung, noch einmal darauf hinzuweisen: Der Ministerpräsident, die Staatsregierung, die CSU-Fraktion haben klar erklärt: Wir werden das Ende der juristischen Auseinandersetzung, die endgültigen Entscheidungen über die Nichtzulassungsbeschwerden abwarten. Wenn es nach diesen weitergeht, werden wir auch das abwarten. Erst dann werden wir uns mit dem Thema seriös und konsequent befassen.

Selbstverständlich liegen Sie nicht falsch, wenn Sie in der Staatsregierung und in der CSU-Fraktion eine Grundsympathie für den Bau der dritten Startbahn identifizieren. Ja, die CSU-Fraktion hat immer gesagt, dass sie diesen für notwendig hält. Auch die Staatsregierung hat immer deutlich gemacht, dass sie den Bau für notwendig hält. Aber es ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt für die endgültige Entscheidung, weil bisher noch Gerichte mit der Angelegenheit befasst sind. Wenn die Gerichtsurteile vorliegen und wenn diese Gerichtsurteile den Bau der dritten Startbahn juristisch ermöglichen, dann werden wir sorgfältig das Für und Wider abwägen.

Bitte seien Sie sich auch bewusst: In der CSU-Fraktion ist jedem klar, dass eine dritte Startbahn ein Für und ein Wider hat, dass es Gründe gibt, die dafür sprechen, sie zu bauen, nämlich die Positionierung im transkontinentalen Verkehr als mittlerer Standpunkt, der frühe und späte Anflug- und Abflugzeiten braucht und damit dem Freistaat Bayern wirtschaftliche Prosperität sichert, als deutliches Pro und als Contra die Interessen der Menschen, die dort leben, die dort ihre Heimat haben, die nicht abgesiedelt werden wollen, die dort bleiben wollen, wo sie sind, die Angst haben vor der Beeinträchtigung durch Fluglärm und durch andere Dinge. Der Bau einer dritten Startbahn ist keine Entscheidung, die zu 100 % richtig oder zu 100 % falsch ist.

Das ist das, was mich an dem, wie die FREIEN WÄHLER das Thema hier darstellen, ärgert: Sie tun so, als gäbe es nur Argumente dagegen. 100 % der Argumente sprechen dagegen, und jeder, der einmal darüber nachgedacht hat, ob er dafür ist, ist ein Depp. - Nein, der ist kein Depp, er wägt nur ab. Ob diese Entscheidung am Ende 51 : 49 für eine dritte Startbahn ausgeht oder 51 : 49 gegen eine dritte Startbahn, das

werden wir in der CSU, das wird die Staatsregierung und das werden wir dann als Aktionsgemeinschaft miteinander diskutieren, wenn es veranlasst ist; veranlasst ist es, wenn der Planfeststellungsbeschluss in letzter Instanz gerichtlich für in Ordnung erklärt worden ist. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege von Brunn von der SPD-Fraktion das Wort. – Bitte schön.

**Florian von Brunn (SPD):** Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Finanzminister! Wir haben heute ein schwieriges Thema auf der Tagesordnung: den Umgang mit einem möglichen Bau der dritten Startbahn. Herr Weidenbusch, ich muss sagen, Ihr Prinzip scheint zu sein: "Angriff ist die beste Verteidigung",

(Widerspruch bei der CSU)

auch wenn Sie im zweiten Teil Ihrer Rede eine ganz neue Sensibilität bei dem Thema Startbahn an den Tag gelegt haben. Ich finde es trotzdem insgesamt nicht angemessen, wie Sie mit dem Thema umgegangen sind,

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

mit einem Projekt, bei dem die Befürworter natürlich über große Chancen und Notwendigkeiten reden, aber das zugleich eben ein Projekt ist, das erhebliche Auswirkungen auf die Natur hat, das viele Tausend Menschen unmittelbar betrifft, das drastische Folgen haben kann für ihre Lebensqualität und ihre Heimat und das für einige sogar bedeuten kann, dass sie ihre Heimat aufgeben müssen. Das muss man an dieser Stelle einmal festhalten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Bei so einem Projekt gibt es eben Anforderungen an Politiker, angesichts der hohen Verantwortung die Tatsachen besonders genau zu prüfen, zuzuhören, Sensibilität zu zeigen und vor allem Ehrlichkeit und Transparenz an den Tag zu legen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das, was wir in der letzten Wochen und Monaten gehört haben, vor allem seit dem letzten Wochenende, ist für mich kein Beleg dafür, dass die Verantwortlichen in der Staatsregierung mit diesem Thema verantwortungsvoll, ehrlich und transparent umgehen.

Den Hintergrund kennen Sie: die Debatte über die Frage, ob man das Volk zum Thema der dritten Startbahn befragen soll, und Ihre Parteitag-Leaks, also das, was durchgesickert ist über die Gespräche, wie Sie doch noch zu einer dritten Startbahn kommen können. Natürlich hat der Herr Ministerpräsident jetzt am Wochenende oder nach dem Wochenende erklärt, Sie setzten auf Transparenz anstelle von Trickserei, und hat seiner Partei ganz offensichtlich – ich spreche nicht von einem Maulkorb - ein Redeverbot erteilt. Das können Sie hier doch nicht abstreiten.

(Beifall bei der SPD)

Sie versuchen alles, um die Geister loszuwerden, die Sie selbst gerufen haben, aber mit Transparenz hat das nichts zu tun, auch ein Redeverbot nicht.

Herr Weidenbusch und Herr Zierer haben es schon gesagt: Wir haben bereits am 3. März über die Frage diskutiert, ob es die klammheimliche Absicht gibt, aus der Flughafen München Gesellschaft eine AG zu machen, um die Sperrhaltung, die Sperrwirkung, die Sperrminorität der Landeshauptstadt München aushebeln zu können. Ich muss jetzt auch nicht mehr zitieren, was Sie, Herr Kollege Weidenbusch, gesagt haben. Das Stichwort Verfolgungswahn ist schon gefallen. Auch der Herr Staatssekretär Hinterberger hat gesagt, Entscheidungen der Gesellschafterversammlung - -

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Hinterberger!)

- Ich habe Hintersberger gesagt.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Nein!)

- Gut, wenn Sie auf diese Wesentlichkeit Wert legen, dann schließe ich mich dem gerne an.– Er hat gesagt, Entscheidungen der Gesellschafterversammlung für eine Umwandlung und einen Börsengang stünden derzeit nicht an. Dann aber entnehmen wir verschiedenen Medien Anfang der Woche, dass es dazu offensichtlich doch Gespräche im Bundesverkehrsministerium gegeben hat. Wir fragen uns schon, ob hier dem Bayerischen Landtag die Wahrheit vorenthalten wird oder der Staatssekretär sogar vorsätzlich etwas gesagt hat, das mit der Wahrheit wenig zu tun hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn man mit den neuen Informationen die Geschichte der letzten zwei bis drei Jahre bezüglich der Startbahn gegen den Strich bürstet, dann gewinnt das schon eine gewisse Plausibilität. Es gab eine Pressemitteilung am 19. Juni 2012, wenige Tage nach dem Bürgerentscheid, über eine Kabinettsitzung. In dieser hat sich der Finanzminister Markus Söder – seit Dezember 2011 Aufsichtsratschef der Flughafen München GmbH – mit den Worten zitieren lassen, es gebe keinen Plan B und auch keine Trickereien, aber es dürfe auch keine Denkverbote geben.

Am gleichen Tag heißt es in der Online-Ausgabe der "Süddeutschen Zeitung", Horst Seehofer habe angekündigt, dass es doch noch eine Möglichkeit gäbe, die dritte Startbahn am Flughafen in München zu bauen; seine Juristen hätten einen Weg gefunden. Für mich stellt sich die Frage: Sprechen wir heute genau über diesen Weg, den die Juristen des Herrn Ministerpräsidenten damals gefunden haben?

Im März 2014 gab es dann die Jahrespressekonferenz der Flughafen München GmbH, in der Michael Kerkloh angekündigt hat, dass in den nächsten 6 bis 24 Monaten Politik gemacht werden könne. Auf die Nachfrage, ob die Flughafen München GmbH an die Börse gehen könnte, hat er gesagt: Wir sind in der Lage, kurzfristig

kapitalmarktfähig zu werden. Am Ende letzten Jahres gab es dann die bekannte öffentliche Ausschreibung der FMG für die Jahresabschlussprüfungen 2016 bis 2020 mit der Formulierung, dass man für diesen Zeitraum von einem Börsengang ausgehen müsste.

Herr Staatsminister Söder, Sie haben sich davon distanziert. Auch die FMG musste sich davon distanzieren. Nichtsdestoweniger bleibt in dieser gesamten Angelegenheit ein merkwürdiger Nachgeschmack.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrter Herr Finanzminister, Glaubwürdigkeit und Transparenz funktionieren anders. Es sieht ganz offensichtlich danach aus, als hätten Sie nach Hintertüren und Schleichwegen für die dritte Startbahn gesucht, und der Eindruck lässt sich nicht vom Tisch wischen, dass die Landeshauptstadt München hier hintergangen und der Bürgerwille unterlaufen werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Herr Staatsminister, ich gehe davon aus, dass Sie als Vorsitzender des Aufsichtsrats und als Finanzminister den Bayerischen Landtag hier und heute informieren, was wirklich Sache ist und wer mit wem welche Gespräche zu diesem Thema geführt hat.

Ich kann Ihnen für die Sozialdemokraten sagen: Wir akzeptieren und respektieren den Bürgerwillen, also das Ergebnis des Bürgerentscheids vom Juni 2012. Wir sehen, dass es derzeit keinen Bedarf für eine dritte Startbahn gibt, und wir haben sehr wohl zur Kenntnis genommen, dass hier in diesem Haus vor Kurzem eine Petition mit über 83.000 Unterschriften vorgelegt wurde. Vielleicht sollten Sie sich das – Stichwort: Koalition mit den Bürgern – noch einmal ernsthaft überlegen, und vielleicht sollten Sie Ihre Energie auf andere wichtige Projekte konzentrieren. Mir fiel dazu die S-Bahn in München ein.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Herr Kollege Dr. Christian Magerl von den GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Dr. Christian Magerl (GRÜNE):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der möglichen Umwandlung der FMG in eine eventuelle FM AG ist in diesem Haus nicht neu. Ich bin in mein Archiv gegangen und habe festgestellt: Ich habe den ersten Antrag zu diesem Thema 1997 in der 13. Legislaturperiode gestellt, und vielleicht gibt es auch noch ältere. Insofern könnte man jetzt sagen: Na ja, gut, das wird jetzt schon seit fast 20 Jahren diskutiert, das ist nicht weiter dramatisch.

Ich glaube aber schon, dass wir seit Anfang Dezember letzten Jahres eine neue Qualität in der Diskussion haben. Es gibt zum einen – insofern ist das, was in der Stadt München in früheren Jahren gelaufen ist, nicht mehr so von Relevanz – den Münchner Bürgerentscheid, und die Stadt München hat mehrheitlich erklärt – vielleicht waren es auch die meisten bzw. alle Stadträte –, sich an diesen Bürgerentscheid nach wie vor gebunden zu fühlen und alles dafür zu tun, damit im Erdinger Moos keine dritte Start- und Landebahn gebaut wird. Das betrifft selbstverständlich auch solche Tricksereien, dass die GmbH hintenherum in eine AG umgewandelt werden soll.

Zum anderen ist die neue Qualität dadurch bedingt, dass offensichtlich einige meinen, dies sei der Königsweg, um doch noch zu einer Baumöglichkeit für eine dritte Start- und Landebahn zu gelangen. Herr Kollege Weidenbusch, das ist nicht das erste Mal, dass sich die CSU und die Staatsregierung zunächst hinter dem Bundesverwaltungsgericht quasi verstecken. Ich sage Ihnen: Das Bundesverwaltungsgericht bzw. der Bayerische Verwaltunggerichtshof überprüfen nur, ob das Verfahren nach gewissen rechtsstaatlichen Maßstäben abgewickelt wurde oder nicht.

(Erwin Huber (CSU): Nein! Nein!)

Niemand wird vom Verwaltungsgerichtshof oder vom Bundesverwaltungsgericht dazu verurteilt zu bauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Entscheidung wird danach von allen drei Konsorten innerhalb des Konsortialvertrags politisch zu fällen sein. Leipzig wird nur sagen: "Okay, aus unserer Sicht keine Einwände" oder "Wir haben Einwände." Das Verfahren läuft. Ich bin selber noch teilweise dabei, die Erwiderung für den BUND Naturschutz zu schreiben; hier läuft die Frist bis zum 31.03. Das wird sich also noch einige Zeit hinziehen.

Herr Weidenbusch, Sie wissen auch, dass es in der Geschäftsführung der Flughafen München GmbH Personen gibt, die das unbedingt umsetzen wollen. Das stiftet Zwietracht und sät Unfrieden, und man sollte hier die Frage stellen, ob diese Geschäftsführung noch die richtige für diesen Flughafen ist. Meines Erachtens sollte man sich diese Frage dringend stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt aber zur Staatsregierung und auch kurz zur Bundesregierung, nachdem auch das CSU-geführte Dobrindt-Ministerium involviert ist. Es stellt sich schon die Frage: Was wusste die Staatsregierung von all diesen Dingen? Hat sich beispielsweise der "Münchner Merkur" seine Geschichten am Wochenende aus den Fingern gesaugt? Darin wird gesagt, mehrere Ministerien – nicht ein Ministerium, sondern mehrere Ministerien! – in München hätten das geprüft. Für mich stellt sich daher nicht nur die Frage, was Herr Söder wusste, sondern auch die Frage, was auch Herr Seehofer über das wusste, was in seinem Laden vor sich geht, nachdem es ja mehrere Ministerien waren.

Nun zu den Vorgängen letzter Woche bei der Frage der Bürgerbefragung: Frau Aigner sagt, sie möchte keine Bürgerbefragung, und ihr eigener Staatssekretär sagt, er möchte schon eine Bürgerbefragung. Auch bei der Frage der Umwandlung war letzte



Woche und am Wochenende kein Regieren festzustellen, sondern das waren Chaostage in dieser Staatsregierung. Anders kann man das nicht bezeichnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

In der Ausschreibung der Flughafengesellschaft stand klar und deutlich "IPO", und das ist eindeutig definiert. Sie können das überall nachlesen, das bedeutet "Börsengang". Herr Kerkloh sagt, das sei ein Versehen gewesen – so etwas schreibt man nicht versehentlich in eine Ausschreibung, sondern das wurde bewusst und gewollt in diese Ausschreibung hineingeschrieben. Alles andere ist letztendlich mehr oder weniger der arglistige Versuch, die Öffentlichkeit zu täuschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der CSU und der Staatsregierung, legen Sie möglichst heute oder dann, wenn unser Dringlichkeitsantrag im Haushaltsausschuss behandelt wird, die Karten vollständig auf den Tisch. Wir wollen hier die Wahrheit wissen, was in den letzten Tagen und Wochen in der Staatsregierung zu diesem Thema gelaufen ist. Auch Herr Seehofer, der versucht hat, seine Zauberlehrlinge mit seinen Äußerungen vom Wochenende, dass die Diskussion für beendet erklärt worden sei, sozusagen wieder einzufangen, sollte klar sagen, was hier Fakt ist. Er sollte vielleicht auch klar und deutlich sagen, ob er nur diese Diskussion unterbinden möchte oder auch die laufenden Vorbereitungen in der Flughafengesellschaft und in den Ministerien für diese Umwandlung. Es wäre dringend erforderlich, diese zu unterbinden; denn es hilft uns nicht, nur bei der Diskussion den Deckel daraufzuhalten. Die Arbeit an dieser Umwandlung muss eingestellt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Dr. Otmar Bernhard von der CSU das Wort. Bitte schön.

**Dr. Otmar Bernhard (CSU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Zierer, was Sie an verbalen Überschlügen produziert haben, ist nicht parlamentarisch. Auch wenn Sie nicht im Parlament säßen, hätte das, was Sie hier behaupten, bereits die Grenze der strafrechtlichen Beurteilung erreicht. Die falschen Behauptungen stellen nicht die Staatsregierung auf, sondern Sie operieren hier mit vielen unappetitlichen Verdächtigungen. Sie versuchen ständig, diese Diskussion am Laufen zu halten.

(Beifall bei der CSU)

Die FREIEN WÄHLER fordern Klartext und verlangen, dass die Bürger nicht hingehalten werden. Was hatte denn die Staatsregierung für eine Linie? - Sie hat gesagt, sie mache nichts, bevor das Bundesverwaltungsgericht entschieden habe. Das ist vernünftig.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

- Herr von Brunn, ich komme noch darauf zu sprechen.

Die Staatsregierung hat gesagt, sie mache vom Sofortvollzug keinen Gebrauch, ehe nicht klar sei, ob die Baumaßnahme wirklich durchgeführt werden könne. Der Ministerpräsident hat klar und eindeutig erklärt: Wir wollen die Stadt München nicht aushebeln. Dass hier im Dialog mit der Landeshauptstadt vernünftig geredet wird, ist, wie Sie sich vorstellen können, auch im Interesse der CSU. Das wird kommen, ohne dass zu diesem Zweck eine solche Rechtsumwandlung angestrebt würde oder notwendig wäre. Aber danach gibt es eine zügige Entscheidung über diese Bauoption und darüber, wie am Ende dieser Prozess verlaufen kann. Das ist auch klar.

Die SPD und die Landeshauptstadt haben auf dieser Klausel bestanden – der Kollege hat das bereits geschildert -, weil sie damals offenbar erstaunlich weitsichtig waren. Heute sind sie erstaunlich kurzsichtig und haben offenbar den Überblick verloren, was im Interesse des Flughafens notwendig ist. Sie sollten einmal überlegen, warum Ihre Vorgänger an einer solchen Klausel sehr interessiert waren.

Wir haben nach der Abwägung keine Zweifel daran gelassen, dass wir diese Start- und Landebahn brauchen. Erst vor Kurzem haben wir über die Themen Wirtschaftsstandort und Drehkreuzfunktion ausführlich diskutiert.

Herr Zierer, nochmals zum Bedarf: Machen Sie sich von der Frage der Flugbewegungen frei. Sie wissen, dass in diesem Jahr die Flugbewegungen um 2 % zunehmen werden. Das ist keine Schätzung, sondern das sind die Anmeldungen der Fluggesellschaften. Entscheidend ist nicht die Zahl der Flugbewegungen, sondern die Entwicklung der Passagierzahlen. Sie wissen, dass sich die Passagierzahlen nach oben entwickeln und die Fluggesellschaften vorübergehend in Bezug auf ihre Maschinen bestimmte Maßnahmen ergriffen haben.

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Frau Kollegin, nehmen Sie doch einmal die Fakten zur Kenntnis! Das Bundesverkehrsministerium hat angekündigt, dass es bis 2030 im Flugverkehr eine Zunahme von 55 % geben wird.

(Anhaltende Zurufe von den GRÜNEN)

- Hören Sie doch einmal zu! Wenn Sie nicht zuhören, werden Sie nie gescheiter.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Die deutsche Flughafen-Infrastruktur ist dem Anstieg überhaupt nicht gewachsen. Die einzige Möglichkeit, um hier Abhilfe zu schaffen, ist der Bau einer weiteren Startbahn in München.

Den Bürgerentscheid in München respektieren wir. Das ist ein Aspekt in der Gesamtdiskussion mit der Landeshauptstadt München, weil es dort eine Selbstbindung der Spitze im Rathaus gibt, sich an diesen Bürgerentscheid zu halten, obwohl die rechtliche Bindungswirkung abgelaufen ist. Dieser Bürgerentscheid gilt aber nicht für den Freistaat Bayern; das wissen Sie auch. Wir haben hier eine Entscheidung darüber zu

treffen, was im Interesse dieses Freistaates notwendig ist. Das ist unsere Verantwortung. Im Übrigen ist damals bei der Kampagne die Münchner CSU immer für diese Startbahn eingetreten. Ich habe das damals für vernünftig gehalten, und ich halte das heute noch für vernünftig. Diese Position zur Startbahn vertrete ich auch heute.

Der Flughafen hat eine hervorragende Performance. – Es ist legitim, dass die FMG aus Gründen des Managements – nicht wegen der Startbahn – über ihre rechtliche Struktur nachdenkt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Management? – Das müssen Sie mir erklären!)

Die FMG ist dem Wohl des Unternehmens verpflichtet. Dem fühlen Sie sich offenbar nicht verpflichtet, obwohl es unser Flughafen ist. Ich bin zuversichtlich, dass wir angesichts der Entwicklung des Flughafens und möglicher Vereinbarungen mit der Stadt München etc. zu einer vernünftigen Entscheidung kommen werden, ohne dass wir eine solche Umwandlung brauchen, wenn wir uns für den Bau dieser Start- und Landebahn entscheiden.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Markus Blume von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Markus Blume (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Sie haben hier wieder einen schönen Sturm im Wasserglas anzurichten versucht;

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

denn wer sich die Fakten anschaut, stellt fest: Es hat sich gar nichts verändert. Auch an Aussagen des Ministerpräsidenten, der Staatsregierung und unserer Fraktion gibt es überhaupt nichts Neues, woraus man einen Diskussionsbedarf ableiten könnte. Wir

haben gesagt – das war auch unser Wahlversprechen –: Wir warten alle gerichtlichen Klärungen ab.

Lieber Herr Kollege Dr. Magerl, Sie liegen natürlich nicht richtig, wenn Sie so tun, als ginge es beim Verwaltungsgericht nur darum, die Form ein bisschen anzuschauen. Sie wissen ganz genau, dass dort alle Abwägungen, alles, was im Planfeststellungsverfahren erarbeitet werde, im Detail nachvollzogen werden. Da sollten Sie keine Nebelkerzen werfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Im Titel der heutigen Aktuellen Stunde heißt es unter anderem: keine AG. Im Hinblick darauf wäre das Ganze eigentlich losgelöst von der dritten Startbahn zu betrachten. Dazu grundsätzlich: Sie sagen, eine Aktiengesellschaft sei etwas völlig Illegitimes und quasi undenkbar. Ich muss Ihnen klar sagen: Alle europäischen Flughäfen, die in Bezug auf das Passagieraufkommen vor dem Münchner Flughafen liegen – etwa London, Paris, Frankfurt, Amsterdam, Istanbul –, sind Aktiengesellschaften. Auch die um uns herum liegenden Flughäfen wie Zürich und Wien sind Aktiengesellschaften. Also hier zu sagen, die Aktiengesellschaft sei des Teufels, zeigt, dass es Ihnen hier nicht um die Zukunft des Flughafens, sondern nur darum geht, auf Biegen und Brechen Ihrem Wahn zu folgen und die dritte Start- und Landebahn zu verhindern.

(Beifall bei der CSU – Erwin Huber (CSU): Frankfurt auch!)

- Frankfurt selbstverständlich auch.

Lieber Herr Kollege Zierer, wir wehren uns explizit gegen die Behauptung, dass hier etwas im Geheimen stattgefunden haben soll. Sowohl der Herr Kollege Weidenbusch als auch der Kollege Dr. Bernhard haben klargemacht, dass alles mit maximaler Transparenz und im Einvernehmen mit den Gesellschaftern geschehen ist, als diese Möglichkeit eingeräumt wurde. An der Stelle frage ich mich – ich richte diese Frage auch an die Vertreter der SPD in München -: Weiß denn der Oberbürgermeister über-

haupt, dass das damals im Einvernehmen und zuletzt auf Drängen der Landeshauptstadt München in die Verträge aufgenommen wurde? Diese spannende Frage hätten Sie heute beantworten können.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wir brauchen keine Belehrungen von der CSU!)

- Von Ihnen brauchen wir erst recht keine Belehrungen.

(Weitere Zurufe des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Apropos Einvernehmen: Sie tun heute so, als wären die dritte Startbahn und alles, was damit zu tun hat, plötzlich vom Himmel gefallen, als wäre diese Idee ausschließlich eine Geburt der Bayerischen Staatsregierung gewesen. Ich möchte für das Protokoll darauf hinweisen, dass alle Entscheidungen, die zur Einleitung des Planfeststellungsverfahrens geführt haben, von allen drei Gesellschaftern einvernehmlich getroffen wurden; das heißt, auch von der Landeshauptstadt München. Also heute vonseiten der Landeshauptstadt München und der SPD-Fraktion so zu tun, als hätten sie damit nichts zu tun, geht völlig fehl.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Am Ende lautet die eigentliche Frage: Wie schaut für den Flughafen München eine belastbare Zukunftsperspektive insgesamt aus?

Der Münchner Oberbürgermeister sollte sich überlegen, wie seine Rolle als Gesellschafter in Zukunft aussieht, anstatt längliche Interviews in der Zeitung zu geben; denn zu allen Dingen nur Nein zu sagen und bestenfalls zu signalisieren, man sei Anteilseigner, aber des Weiteren interessiere der Flughafen nicht, genügt nach meiner Rechtsauffassung nicht, um den Pflichten eines Gesellschafters nachzukommen, der an der Flughafen München GmbH eine wesentliche Beteiligung hält.

(Beifall bei der CSU)

Am Ende des Tages müssen wir auch hier im Bayerischen Landtag über die belastbare Zukunftsperspektive des Flughafens München und über alles, was dazugehört, reden.

Lieber Herr Kollege von der SPD, da geht es nicht nur um die Münchner Aspekte, sondern jeder von uns muss hier abwägen, was das für ganz Bayern heißt. Wenn wir dem folgen, was die Opposition in den letzten Jahren gefordert hat, bedeutet das: keine AG, keine damit verbundenen weiteren Möglichkeiten und keine dritte Startbahn. Ich darf an einen Antrag der GRÜNEN aus dem Jahr 2007 in diesem Hohen Haus erinnern. Sie haben sich damals auch gegen den Satelliten ausgesprochen. Das heißt: Im Bayerischen Landtag gibt es eine Historie, die nachweist, dass die Opposition am Flughafen München und an seiner Zukunft nicht interessiert ist. Wenn es nach Ihnen ginge, wäre er heute noch in München, und zwar in Riem, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): Das stimmt doch!)

Vor diesem Hintergrund kann ich an dieser Stelle nur appellieren: gemacht, gemacht! Wir warten die gerichtlichen Entscheidungen ab. Danach werden wir im Bayerischen Landtag eine Entscheidung treffen, die allen Aspekten Rechnung trägt und die die notwendige Gesamtabwägung beinhaltet. Schnellschüsse und ein Sturm im Wasserglas, wie er heute von Ihnen veranstaltet wird, helfen aber definitiv nicht weiter.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat nun Herr Staatsminister Dr. Markus Söder das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich sagen, dass die Beantwortung der Frage, ob es am Flughafen München eine dritte Start- und Landebahn geben

wird, wahrscheinlich die wichtigste zentrale landespolitische Infrastrukturentscheidung der nächsten Jahre, vielleicht Jahrzehnte sein wird. Da diese Frage für Bayern eine so eminent wichtige Bedeutung hat, meine sehr verehrten Damen und Herren, braucht es eine klare Konzeption, eine klare Vorgehensweise, aber nicht täglich neue Spekulationen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen beim Flughafen mit Fakten arbeiten, nicht mit Gerüchten, Spekulationen oder Meinungen.

(Beifall bei der CSU)

Bedenken und Leidenschaften sind vorhanden. Wir bitten aber ganz herzlich, diese seriös vorzutragen. Lieber Herr Zierer, ich weiß nicht, ob das, was Herr Weidenbusch gesagt hat, stimmt. Sollten Sie aber tatsächlich wirtschaftlich dabei sein, dann finde ich, sollten Sie sich allein schon aus Gründen der Hygiene bei diesem Thema persönlich herausnehmen. Es gibt auch andere, die so etwas machen können. Befangenheit ist ein schlechter Ausgangspunkt, wenn man politisch argumentieren möchte, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage vorneweg: Wir stehen zu diesem Flughafen, und zwar ohne Wenn und Aber, und zwar deshalb, weil er kein Regionalflughafen, kein Provinzflughafen und auch kein Prestigeobjekt ist. Der Flughafen München, der Franz-Josef-Strauß-Flughafen, ist das Tor Bayerns zur Welt, ist Jobmotor Nummer eins und bedeutet auch für die Landeshauptstadt die entscheidende Weichenstellung, um auf Dauer wirtschaftlich erfolgreich zu sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben in Deutschland die Situation, dass die Lage an Flughäfen insgesamt schwierig ist. Berlin steht still, kommt nicht voran; Frankfurt stagniert. Nur München hat echte Wachstumschancen, und diese sollten wir auch ergreifen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich halte dies für notwendig.



(Beifall bei der CSU)

Das Wachstum ist ja vorhanden: 240 Ziele in der ganzen Welt, globale Drehscheibe für den Freistaat Bayern, 32.000 Arbeitsplätze direkt vor Ort, 60.000 im gesamten Umland. Allein seit Eröffnung des Terminals 2 – das zeigt übrigens, dass die Maßnahmen funktionieren – wurden 10.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Der Satellit, dessen Bau im nächsten Jahr abgeschlossen wird und der dann in Betrieb genommen wird, ist für ein Volumen von 11 Millionen Passagieren ausgelegt. Das entspricht allein schon dem Passagieraufkommen des Flughafens Köln. Wenn also etwas irgendwo funktioniert und Perspektive hat, dann ist es der Flughafen München, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das sollte man einfach sagen.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen ist es wichtig, die Kraft dieses Flughafens am Leben zu erhalten und sie nicht abzuwürgen.

Jetzt kommen die Argumente mit den Flugbewegungen und den Passagieren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Otmar Bernhard hat deutlich ausgeführt: Natürlich entwickeln sich Flugbewegungen und Passagierzahlen in einem anderen Verhältnis. Die Zahl der Passagiere wird mehr, weil die Fluggesellschaften, was die Maschinen betrifft, eine neue Konzeption haben, auch aufgrund des in der Branche herrschenden Wettbewerbsdrucks. Deswegen gibt es jetzt größere Maschinen, und deswegen fliegen auch mehr Passagiere. In München ist die Zahl der Passagiere in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen, nämlich von einmal 26,8 Millionen auf 39 Millionen Passagiere. Im Jahr 2014 gab es wieder einen Zuwachs um 2,7 %. Das zeigt doch, meine Damen und Herren, dass der Flughafen München bei den Passagieren Akzeptanz findet. Das Wachstum wird sich fortsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Nebenbei noch ein Satz zu den Flugbewegungen, zu etwas, was immer unterschätzt wird. Es kommt nicht auf die absolute Zahl der Flugzeuge an, sondern es kommt darauf an, wie die Situation in den Spitzenzeiten ist. Über den Tag hinweg gibt es nämlich Spitzenzeiten. Zu den Spitzenzeiten, zu denen es relevant ist, Flugverkehr zu generieren, haben wir jetzt schon eine Auslastung von fast 97 %. Das heißt: Wenn München wächst, wenn Bayern wirtschaftlich-ökonomisch wächst und der Flugverkehr automatisch mitwächst, ohne dass wir etwas dazugetan haben, wird dies dazu führen, dass man am Flughafen München nicht mehr just in time landen kann und dass die Flugzeuge sehr lange über München kreisen müssen. Wenn ein Flugzeug nicht landen kann, ist das doch auch nicht ökologisch. Deshalb brauchen wir eine deutliche Verbesserung.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen ist die dritte Bahn, meine Damen und Herren, eine Chance. Deswegen haben wir so viel Sympathie dafür. Deswegen sollten wir das Signal in Bayern nicht von vornherein auf Stillstand setzen, sondern auf Fortschritt stellen. Wir sollten die Sorgen in der Bevölkerung ernst nehmen. Wir sollten uns bei politischen Fragen aber nicht hinter Sorgen verstecken, sondern sie ernst nehmen, aufnehmen und versuchen, sie zu berücksichtigen. Meine Damen und Herren, wir brauchen – das gilt für den Freistaat, aber auch für die Landeshauptstadt München – nicht ein ständiges Neinsagen von vornherein. Man sollte nicht nur überlegen, warum nicht, sondern man sollte überlegen, wie man es möglich machen kann, dass Bayern und München wachsen können. Das ist die Aufgabe, die sich uns allen stellt.

(Beifall bei der CSU)

Genau deswegen haben wir einen Fahrplan aufgestellt, und zwar nicht über die Köpfe der Bürger hinweg. Manche haben zwischendurch etwas gesagt oder so manches Interview gegeben. Es gibt aber eine ganz klare Linie, die wir vereinbart haben und die steht. Der Ministerpräsident, die Staatsregierung, meine Person, alle zusammen - wir

haben eine klare Linie. Ich will heute noch einmal klarstellen, wie diese lautet. Diese Linie ist auch transparent und geordnet. Sie muss auch geordnet sein, um Vertrauen zu schaffen.

Erstens. Wir warten die Gerichtsverfahren ab. Diese Gerichtsverfahren, Herr Magerl, drehen sich eben nicht nur um Formales. Sonst würde auch der Bund Naturschutz nicht so detailliert und engagiert klagen. Würde es nur um Formales gehen, würden sich die Klageprofis – Entschuldigung, wenn ich das so sage – nicht auf diesen Weg begeben. Sie haben Erwartungen; denn in all den Gerichtsverfahren in den letzten Jahren wurde nämlich von Gerichten auch oft deutlich nachgebessert, wenn beim Lärmschutz, beim Umweltschutz zu wenig getan wurde. Deswegen muss man eines sagen: Die ersten abweisenden Urteile zu einzelnen dieser Beschwerden sind schon ein Signal. Wir werden sehen, wie die Gesamtentscheidung ausfällt. Ich erwarte mir eines: Solche Urteile sind auch eine klare Festlegung, dass die Planungen für Lärmschutz, dass die Planungen für den Verkehrsanschluss, dass die Planungen vor allen Dingen aber für den Umweltschutz ordentlich waren. Ich finde: Wenn Sie uns auffordern, uns an Recht und Gesetz zu halten, dann sollten Sie das auch tun. Im Rechtsstaat muss man Gerichte respektieren, meine Damen und Herren, auch wenn einem die Urteile nicht passen.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Es ist zugesagt, dass nach diesem Urteil ein intensiver, erfolgsorientierter Dialog mit Bürgern, Kommunen, Gesellschaftern, Herr von Brunn, aber auch mit der Wirtschaft, weil sie wichtig ist, und natürlich hier im Bayerischen Landtag stattfinden wird. Es ist wichtig, dass wir dabei auch die Rahmenbedingungen setzen. Wir haben zum Beispiel klargemacht, kein Steuergeld für die dritte Startbahn auszugeben. Bei dieser Zusage bleibt es: kein Steuergeld für die dritte Startbahn.

Drittens, die Verkehrserschließung. Die Staatsregierung betreibt wie keine vorherige die Verkehrserschließung unabhängig von der endgültigen Entscheidung über die drit-

te Startbahn. Wenn man alle Verkehrsprojekte, die jetzt in Planung, in Entwicklung und im Bau sind, zusammennimmt, kommt man auf zwei Milliarden Euro, die investiert werden. Nennen Sie mir einen Verkehrsraum in einer Region in Bayern, in dem auf einem so kleinen Fleck so viel Geld investiert wird, um für die Bürger eine Verbesserung zu erreichen, meine Damen und Herren. Wir haben schon lange, bevor überhaupt eine Entscheidung über die dritte Startbahn getroffen wird, Wort gehalten.

Das gilt auch für den Lärmschutz. Auch diesbezüglich wird man übrigens noch einmal darüber nachdenken, ob all das, was im Gespräch war, ausreicht oder ob man die Sorgen der Bürger möglicherweise durch neue Flugrouten deutlich besser aufnehmen kann; denn die Flugrouten spielen meiner Meinung nach eine ganz entscheidende Rolle. Dasselbe gilt für Integration und für Entschädigungen. Ich muss ganz ehrlich sagen, dass man sehr intensiv darüber nachdenken muss, ob es sinnvoll ist, hinsichtlich der Entschädigungen einzelne Gemeinden quasi zu teilen, oder ob es sinnvoller wäre, einen größer angelegten Wurf zu machen, um im gesamten Bereich Legitimation und Unterstützung zu haben. Ich glaube, dass dies dringend notwendig wäre.

All diese Fragen müssen dann im Dialog besprochen und gemeinsam entschieden werden. Wir wollen aber – das erkläre ich hier ausdrücklich – nicht mehr über die Gesellschaftsform sprechen. Die Frage der Gesellschaftsform ist nicht Bestandteil der Frage der dritten Startbahn. Wir wollen die Frage nach der dritten Startbahn politisch lösen, nicht aber juristisch, meine sehr verehrten Damen und Herren. Darauf können sich alle verlassen.

(Beifall bei der CSU)

Kollege Blume hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es allerdings auch möglich sein muss, über die Aufstellung des Flughafens zu sprechen, wenn man mit Blick auf die Leistungsfähigkeit eine langfristige Perspektive einnimmt. Das erwarte ich von der Geschäftsführung und uns als Eigentümern. Wir haben zu häufig den Fall erlebt, dass sich Gesellschafter zu wenig Gedanken über die Frage machen, wie es mit staatlichen

Beteiligungen weitergeht. Wir haben gemerkt, welche Herausforderungen es geben kann, wenn man mit dieser Frage bedenkenlos umgeht. Vorausschauendes Denken ist sinnvoll. - Herr Kollege Blume hat zu Recht auch darauf hingewiesen, dass die meisten anderen Flughäfen mit Privatisierungsideen gar nicht so falsch lagen; das gibt nämlich viel Geld. Ich denke an die FREIEN WÄHLER, die einerseits fordern, dass der Staat quasi mit Steuergeld Flughäfen kaufen soll, unter anderem in Memmingen. Andererseits sind sie aber der Auffassung, dass eine Möglichkeit, Geld zu bekommen, nicht akzeptiert werden könne. Das müssen wir abwägen. Ich sage aber ganz deutlich, dass es nicht beabsichtigt ist, die Flughafengesellschaft in eine AG umzuwandeln und damit die dritte Startbahn durch die Hintertür zu realisieren.

Meine Damen und Herren, nun zu der Frage, was geheim ist, bzw. zu den behaupteten Geheimgesprächen. Diese Debatte wird seit Wochen geführt. Ich selbst habe durch eine Presseanfrage erfahren, dass es diese Ausschreibung für einen Wirtschaftsprüfer geben soll. Das traf sich gut; denn wir saßen an dem Tag im Aufsichtsrat zusammen. Das war im Dezember. Wir haben in der Sitzung klargestellt, dass das nicht passieren wird. Damit ist das Thema weg. Meine Damen und Herren, was gibt es Glaubwürdiges, als eine Passage zu streichen. Wir können nicht mehr erwarten, als dass aktiv gehandelt wird, um so etwas zu verhindern. Das ist ein glaubwürdiges Signal.

(Beifall bei der CSU)

Ich gebe zu, dass ich etwas überrascht war, als ich gelesen habe, dass die Landeshauptstadt davon überrascht gewesen sei. Wir haben noch einmal in den alten Protokollen nachgelesen, wie das war. Das ist schon einige Zeit her. In den Protokollen steht eindeutig, dass es einen solchen Vertrag gibt, dass es den Zusatz gibt, und dass die Möglichkeit besteht, dass einer der Gesellschafter auf sein Verlangen hin eine solche Option ausüben kann. Dies war aber nicht der Wunsch der Staatsregierung, sondern dies war allein der Wunsch von Rot-Grün in der Landeshauptstadt München. Dass diese Frage überhaupt diskutiert wird, geht nicht auf die Staatsregierung zurück,

sondern ausschließlich auf die Landeshauptstadt München. Meine Damen und Herren, auch wenn die Landeshauptstadt München sagt, sie wisse das nicht, liegt die Schuld daran ganz sicher nicht bei der Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das hat sie doch gar nicht gesagt!)

Der Bayerische Landtag wurde übrigens zu dieser Zeit umfassend von Herrn Staatsminister Erwin Huber informiert. Er war damals Finanzminister und hat am 2. Juli 1998 in einer öffentlichen Sitzung des Haushaltsausschusses über die Zukunft des Flughafens München berichtet. Damals waren Vertreter der SPD dabei und haben gesagt: Wir bitten die Landeshauptstadt, keine Privatisierung durchzuführen. - Die SPD hat also ihre eigene Landeshauptstadt aufgefordert. Dazu gab es einen Beschluss, bei dem die CSU und die SPD einer Meinung waren. Die GRÜNEN – das muss man zugestehen – waren von Beginn an immer gegen alles, auch an dieser Stelle. Das war konsequent. Das wird ausdrücklich akzeptiert. Emma Kellner war damals die Rednerin. Damals gab es aber einen relativ eindeutigen Wunsch des Haushaltsausschusses des Landtags.

In München hat es eine nichtöffentliche Sitzung gegeben. Trotzdem hat die gesamte Landeshauptstadt Bescheid gewusst. Meine Damen und Herren, ich möchte zusammenfassend feststellen, damit hier keine Nebelkerzen geworfen werden: Der Fahrplan steht. Natürlich beantworte ich jede einzelne Frage, was, wo und wann, die in den Anträgen gestellt wurde, gerne. Aber alle müssen sich jetzt an diesen Fahrplan halten. Das gilt übrigens auch für die Mitglieder der Staatsregierung. Jeder sollte mit diesem Thema in der öffentlichen Kommunikation sorgsam umgehen. Das haben wir so besprochen. Der Ministerpräsident hat dabei die volle Unterstützung der Mehrheit des Landtags.

Wir haben eine große Sympathie für die dritte Startbahn. Wir glauben an deren wirtschaftliche Notwendigkeit. Wir wollen aber ein geordnetes Verfahren. Am Ende brau-

chen wir eine Entscheidung, mit der wir politisch für die Startbahn werben und diese Frage nicht juristisch lösen. Ich sage Ihnen: Wir müssen die Sorgen ernst nehmen. Wir müssen aber auch die Chancen nutzen. Bei der dritten Startbahn geht es nicht um die Befindlichkeiten von heute. Es geht nicht um die Sorgen, die im Moment bestehen. Es geht darum, ob Bayern eine echte Chance hat, in Zukunft weiterhin stark zu sein. Wer ständig nur darauf achtet, wie er im Moment dasteht, und sich nicht darum kümmert, wie die Zukunft aussieht, der hat seinen eigentlichen politischen Auftrag verfehlt. Wir nehmen diesen politischen Auftrag an.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Staatsminister. – Nachdem das Mitglied der Staatsregierung länger als zehn Minuten gesprochen hat, sind die Fraktionen berechtigt, noch einen Redner für jeweils fünf Minuten zu benennen. Die SPD-Fraktion hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Das gilt ebenso für die Fraktion der GRÜNEN. Nach Herrn Kollegen von Brunn wird Herr Kollege Dr. Christian Magerl sprechen. Herr von Brunn, Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Florian von Brunn (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute wurden einige Ausführungen gemacht, zu denen ich noch einmal Stellung nehmen muss. Natürlich ist es richtig, dass auf Antrag der Landeshauptstadt München die Regelung, dass die Gesellschaft in eine AG umgewandelt werden kann, eingeführt wurde. Das haben wir gewusst, und wir bestreiten es auch gar nicht. Wir sind aber niemals davon ausgegangen, dass jemand diese Regelung für unseriöse Praktiken nutzt. Der Unterschied zu Ihnen ist, dass wir alle, auch die Münchner Abgeordneten hier im Bayerischen Landtag, zur Entscheidung der Münchner Bürger stehen. Das ist bei Ihnen nicht so.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nicht alle; nur die Abgeordneten der Opposition!)

Sehr geehrter Herr Staatsminister Söder, sehr geehrter Herr Aufsichtsratsvorsitzender, Sie haben viel gesagt, aber zwei wesentliche Fragen sind unbeantwortet geblieben. Die erste Frage lautet: Was ist mit der Meldung vom 19. Juni 2012? Welchen Weg haben die Juristen der Staatsregierung damals gefunden? Die zweite Frage lautet: Wer hat mit wem wann über die Möglichkeit gesprochen, die dritte Startbahn über den Weg der Umwandlung in eine AG doch möglich zu machen? Sie haben diese Fragen heute nicht beantwortet; das halte ich hier fest. Ich hoffe, dass diese Fragen vollumfänglich in dem Bericht, der im Ausschuss gegeben wird, beantwortet werden.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. - Jetzt hat noch Herr Kollege Dr. Christian Magerl von den GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Dr. Christian Magerl (GRÜNE):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Nur ganz kurz: Ich möchte an dieser Stelle festhalten, dass Herr Seehofer genauso wie Herr Hintersberger vor ein paar Wochen seine Rede dazu benutzt hat, den Flughafen München in den schönsten und höchsten Tönen zu loben. Zur eigentlichen Problematik, um die es geht, und zu dem, was in den letzten Tagen und Wochen hier abgelaufen ist, hat er im Prinzip nichts gesagt, außer, dass wir jetzt einen Fahrplan haben. Uns geht es um die zentralen Fragen, die sowohl im Dobrindt-Ministerium in Berlin als auch in den Ministerien in München diskutiert worden sind.

Sagen Sie doch klar und deutlich: Stimmt es, was im "Münchner Merkur" gestanden hat, oder hat sich das der "Münchner Merkur" aus den Fingern gesaugt? Stimmt es, was in der "Süddeutschen" über das Bundesverkehrsministerium geschrieben wurde, oder hat sich das die "Süddeutsche" aus den Fingern gesaugt? Das ist der zentrale Punkt. Dazu hätten wir hier gern eine Auskunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)



Wir können natürlich rauf und runter diskutieren, wie schön oder nicht schön der Flughafen ist. Ich könnte jetzt eine Gegenrede halten; dafür habe ich aber nicht die Zeit. Sie haben nichts zu den zentralen Punkten der Vorbereitung gesagt, die in den letzten Tagen und Wochen gelaufen ist. Sie haben gesagt: Wir haben einen Fahrplan. - Aber zu der Frage, ob die Vorbereitungen für eine Umwandlung in der Flughafen München GmbH und in den Ministerien eingestellt wurden, haben Sie nichts gesagt. Deshalb kann ich zu der Rede, die Sie, Herr Kollege und Staatsminister Dr. Söder, gehalten haben, nur sagen: Thema verfehlt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat sich noch die Fraktion der FREIEN WÄHLER gemeldet. Herr Professor Dr. Piazzolo, Sie haben das Wort.

**Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich noch zwei bis drei Punkte ansprechen. Der erste Punkt betrifft die Fluggastzahlen und die Flugbewegungen. Ich stimme Ihnen vollkommen zu, dass sich die Passagierzahlen im Moment nach oben entwickeln. Wir sind uns aber einig, dass sich die Zahl der Flugbewegungen nicht nach oben, sondern seit Jahren nach unten entwickelt, und dies entgegen den Prognosen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies zeigt, wie viel Prognosen für den Flughafen, die zehn bis zwanzig Jahre in die Zukunft gerichtet sind, wert sind: nichts, sehr wenig.

Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass sich auf einer Start- und Landebahn nicht Personen bewegen, sondern Flugzeuge. Entscheidend ist deshalb, ob die Zahl der Flugbewegungen rauf- oder runtergeht, nicht die Zahl der Passagiere. Das sollten Sie einfach einmal anerkennen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Es folgt ein zweiter Punkt. Ich will als einer der Sprecher, die das Bürgerbegehren in München mitangestoßen haben, deutlich machen: Sie sollten dieses Bürgerbegehren ernst nehmen. Diese Ernsthaftigkeit habe ich zumindest bei den Münchner Abgeordneten der CSU noch nicht erlebt. Sie sollten sich deutlich machen, was dieses Bürgerbegehren bedeutet, dazu klar Stellung nehmen und sagen, ob Sie es anerkennen oder nicht. Die kommunalen Vertreter der CSU erkennen es an. Die Vertreter des Landtags sollten sich ebenfalls klar und eindeutig dazu äußern.

Es folgt mein dritter und letzter Punkt. Wenn man über Flughäfen redet, gerade den Münchner Flughafen, stellt sich für mich die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, für ganz Bayern ein Konzept zu entwickeln und zu überlegen, wie man mit der Flughafensituation umgeht. Wir haben den Flughafen München, der sich wirtschaftlich gut entwickelt. Wir haben in Nürnberg einen Flughafen, über den wir uns Gedanken machen. Wir haben einen Flughafen in Memmingen, wo es Probleme gibt. Ich persönlich und wir als FREIE WÄHLER halten es für notwendig, diese drei Flughäfen zusammen in den Blick zu nehmen und zu überlegen, wie man den Flugverkehr in Bayern gestalten möchte und für die Regionen, für den Flughafen Nürnberg, etwas tun kann. Gerade Sie als dort ansässiger Minister, dem sogar ein Heimatministerium unterstellt ist, sollten sich Gedanken machen, wie Sie den Nürnberger Flughafen voranbringen. Die schwäbischen Abgeordneten, aber nicht nur diese, sollten sich überlegen, wie man mit dem Memminger Flughafen umgeht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich würde es für vernünftig halten, alle drei Flughäfen gemeinsam in die Diskussion darüber miteinzubeziehen, wie man den Flugverkehr in Bayern in Zukunft gestaltet. Wir als FREIE WÄHLER nehmen jedenfalls ganz Bayern in den Blick, nicht nur einen Ort.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Zur Erwiderung hat sich noch einmal Herr Staatsminister Dr. Söder gemeldet. Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Ich freue mich, dass die FREIEN WÄHLER die Rednerempfehlung angenommen haben. Herr Piazzolo, ich wollte nur eines dazu sagen, weil Sie Vergleiche anstellen und Flugbewegungen zu bestimmten Zeitpunkten nennen. Nehmen Sie die zweite Stammstrecke als Beispiel. Wir brauchen sie. Das liegt daran, dass nicht zu jeder Tages- und Nachtzeit gleich viele Leute fahren wollen. Es gibt nun einmal Spitzenzeiten, und für Spitzenzeiten muss ich Verkehr abbilden. Das gilt für eine Stammstrecke genauso wie für eine Startbahn. Es bringt uns nichts, wenn wir zum Beispiel bei der Stammstrecke sagen, diejenigen, die zur Arbeit fahren müssen, sollen am Nachmittag fahren, weil dann eine bessere Auslastung herrscht. Ich bitte darum, bei der Verkehrspolitik einheitliche Maßstäbe anzusetzen. Ich glaube, das ist notwendig.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Aber wir haben nur eine Stammstrecke und zwei Startbahnen!)

Ich komme ganz kurz zum zweiten Punkt. Herr von Brunn, Herr Magerl, ich finde, es wird eindeutig gesagt, was die Linie ist. Wir beabsichtigen keine solche Aktion. Natürlich wissen wir, wie die rechtliche Situation ist. Es wäre übrigens fatal, wenn wir nicht wüssten, wie die rechtliche Situation ist. Natürlich kennen wir die Verträge und kennen die Möglichkeiten eines Vertrages. Wir machen das so, wie Kollege Weidenbusch gesagt hat. Es gab immer wieder Leute, nicht aus der Politik, die das gerne fragen. Wir haben klar gesagt: Wir verwerfen diese Option. - Was das Bundesverkehrsministerium in seinen Tiefen denkt, weiß ich, ehrlich gesagt, auch nicht. Aber Sie haben ja Parteifreunde in Berlin, die diese Fragen einmal stellen können.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben da einen Sonderparteilfreund! – Florian von Brunn (SPD): Und die Frau Bär!)

Noch einmal: Unserer klaren Überzeugung nach muss man solche Fragen politisch lösen. Da steht übrigens auch die Landeshauptstadt politisch in der Verantwortung. Wir respektieren den Bürgerentscheid in München sehr, Herr Piazzolo; aber es geht

nicht nur um München. München ist sehr wichtig; aber Bayern ist größer als München. Wir müssen an dieser Stelle auch die Meinung der anderen Bayern einbringen, die es an dieser Stelle umgekehrt genauso zu akzeptieren und zu respektieren gilt.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Staatsminister. – Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.